

Viel erreicht und noch viel vor

Rückblick auf die Höhepunkte der politischen Arbeit im Landtag 2017 von Astrid Rothe-Beinlich, MdL

Januar 2017

Einführung der Elektronischen Gesundheitskarte

Seit 01. Januar 2017 erhalten Geflüchtete in Thüringen flächendeckend eine elektronische Gesundheitskarte. Die umständlichen und bürokratischen Behandlungsscheine, die zuvor bei der jeweiligen Sozialbehörde abgeholt werden mussten, gehören der Vergangenheit an. Die gesundheitliche Versorgung von Geflüchteten wurde damit vereinfacht, während gleichzeitig Kommunen personell und finanziell entlastet wurden.

März 2017

DaZ-Lehrkräfte erhalten eine dauerhafte Perspektive

Zugewanderte und geflüchtete Kinder haben auch in Thüringen selbstverständlich das Recht auf schulische Bildung. Mehr als 13.000 Schüler*innen mit nichtdeutscher Herkunftssprache lernen mittlerweile in unseren Schulen. 2015 wurden viele Lehrkräfte für den Unterricht in Deutsch-als-Zweitsprache eingestellt - allerdings befristet für zwei Jahre. Einer großen Zahl dieser befristet eingestellten DaZ-Lehrkräfte konnte eine dauerhafte Beschäftigung im Schuldienst ermöglicht werden.

Im März haben wir zu dem Thema einen umfassenden Antrag im Landtag verabschiedet: <http://gruenlink.de/1eeg>. Zudem wurden Regelungen für den Seiteneinstieg in den Lehrerberuf und für die Nachqualifizierung entwickelt. Diese wurden im Dezember 2017 im Landtag verabschiedet.

Mai 2017

Bleiberecht für Opfer rechter und rassistischer Gewalt

Wir wollen, dass Geflüchtete, die Opfer einer rechtsextremen und rassistisch motivierten Gewalttat werden, ein humanitäres Bleiberecht gewährt bekommen. Damit soll ein klares Signal an die Täterinnen und Täter derartiger Angriffe gesendet werden, dass nämlich genau das Gegenteil dessen passiert, was sie eigentlich wollen: die Verunsicherung und Vertreibung der Menschen. Im Landtag haben wir einen Beschluss gefasst, den die Landesregierung jetzt umsetzt: <http://gruenlink.de/1een>

Juni 2017

Start einer Erstwähler*innenkampagne

Das kommunale Wahlrecht ab 16 Jahren ist in Thüringen nun eingeführt. Allerdings muss das Wahlrecht für die ca. 30.000 zusätzlichen "Neu-Wahlberechtigten" auch entsprechend bekannt gemacht werden. Rot, Rot und Grün haben mit einem Beschluss im Land-

tag eine Erstwähler*innenkampagne auf den Weg gebracht, die das Ziel hat, junge Menschen über ihr Wahlrecht umfassend zu informieren: <http://gruenlink.de/1eeo>

September 2017

Eigenständige Jugendpolitik für Thüringen

Wir nehmen die Einbeziehung von jungen Menschen sehr ernst. Daher stärken wir die eigenständige Jugendpolitik, weil es uns darum geht, bei allen politischen Entscheidungen die Interessen und Belange von jungen Menschen so gut wie möglich zu berücksichtigen. Im Landtag haben wir dazu eine umfassende Anhörung und zudem eine tolle Fachtagung mit vielen Jugendlichen durchgeführt und schließlich einen umfassenden und richtungsweisenden Beschluss im Landtag gefasst: <http://gruenlink.de/1eel>.

So wird es zukünftig regelmäßig einen Bericht zur Lebenssituation junger Menschen in Thüringen geben, ebenso ein ressortübergreifendes Maßnahmenkonzept für die Einbeziehung junger Menschen und mehr Mittel für die örtliche Jugendförderung.

November 2017

Umfassendes Bildungspaket für den Doppelhaushalt auf den Weg gebracht

Im November haben wir unsere bildungspolitischen Vorschläge in den Landeshaushalt 2018 und 2019 eingebracht. Die sind u.a. deutliche Verbesserungen beim Mindestpersonalschlüssel für die 3- bis 4-Jährigen im Kitabereich und 600 zusätzliche Lehrer*innenstellen für den Schulbereich. Auch führen wir ab dem Schuljahr 2018/2019 an den Schulen ein flexibles Schulbudget in Höhe von 30 Euro pro Schüler*in und Schuljahr ein. Damit können für die Jahre 2018 und 2019 weitere 67 Millionen Euro für wichtige und notwendige Verbesserungen im frühkindlichen und schulischen Bereich eingesetzt werden: <http://gruenlink.de/1eex>

Integrationskonzept

Die Landesregierung hat ein Thüringer Integrationskonzept entwickelt, das vielfältige und umfassende Integrationsmaßnahmen alle Lebensbereiche betreffend von und für zugewanderte Menschen in Thüringen beschreibt: <http://gruenlink.de/1eep>

Für die Umsetzung stellen wir für die Jahre 2018 und 2019 insgesamt 25 Millionen pro Jahr zur Verfügung. Daraus kann beispielsweise die Sozialberatung für anerkannte Geflüchtete gestärkt werden, Dolmetscherleistungen flächendeckend angeboten oder die Sprachförderungs- und Bildungsarbeit unterstützt werden.

Änderung des Thüringer Ministergesetzes

Im Novemberplenar behandelten wir in erster Lesung die Änderung des Thüringer Ministergesetzes. Zukünftig soll eine Sperrfrist für ehemalige Minister*innen zwischen deren Amtsausscheiden und der Aufnahme einer neuen Tätigkeit die Auswirkungen von Interessenskonflikten zwischen neuer und alter Stelle begrenzen: <http://gruenlink.de/1eev>

Im kommenden Februar führt der Justizausschuss dazu eine mündliche Anhörung mit u.a. LobbyControl, Abgeordnetenwatch und Mehr Demokratie e.V. durch. Dies ist für uns ein wichtiger Schritt, um Lobbyismus zu reduzieren und Transparenz herzustellen - denn dafür stehen wir Grüne.

Auf der Website, sowohl der Fraktion als auch meiner, könnt ihr beispielsweise unter der Rubrik "gläserne Abgeordnete" genau einsehen, welche Tätigkeiten ich ausübe und was wie vergütet wird.

Dezember 2017

R2G beschließt neues Kita-Gesetz inklusive Beitragsfreiheit und Qualitätsverbesserungen

Das neue Kinderbetreuungsgesetz ist beschlossen, es gilt ab 1.1.18. Damit setzen wir einen weiteren wichtigen Teil des Koalitionsvertrages um: <http://gruenlink.de/1eeq>

Damit führen wir ein beitragsfreies Kita-Jahr ein und ermöglichen mehr Personal für Kinderbetreuung und Leitung. Ebenso stärken wir die Kindertagespflege, die Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte von Kindern und die Kita-Fachberatung. Das neue Kita-Gesetz ist ein starkes Signal für alle Eltern, Kinder und Erzieher*innen in Thüringen, denn es beweist auch die Wertschätzung für die überaus wertvolle und gute Bildungsarbeit, die tagtäglich in den Kindertagesstätten und der Kindertagespflege geleistet wird.

Beteiligentransparenzgesetz

Wer beteiligt sich in Thüringen eigentlich an politischen Entscheidungen des Landes? Wer hat welchen Einfluss auf Gesetze genommen? Zukünftig werden die Bürgerinnen und Bürger das genau wissen, denn wir werden ein Register beim Landtag schaffen, in dem sich alle eintragen müssen, die ihre Interessen einbringen. Dazu haben wir in den Landtag einen Gesetzentwurf für die Einführung eines Beteiligentransparenzregisters eingebracht, der ab Dezember im Landtag und den Ausschüssen beraten wird. <http://gruenlink.de/1eeu>

Große Mehrheit für Verbesserung der Lage politisch Verfolgter in der DDR

Mit Blick auf das Auslaufen der Rehabilitierungsgesetze 30 Jahre nach der friedlichen Revolution haben wir im Landtag beschlossen, dass Rehabilitierung politischer Verfolgung kein Verfallsdatum haben darf: <http://gruenlink.de/1eev>. Ziel ist eine entsprechende Initiative im Bundesrat. Im Landtag gehen wir allerdings weiter, denn wir machen uns dafür stark, den Zugang zu monatlichen Unterstützungsleistungen zu verbessern und den Kreis der Berechtigten um bislang nicht berücksichtigte Opfergruppen, wie Zersetzungsoffer und verfolgte Schüler, zu erweitern. Weiterhin wollen wir die Herbeibringung von Beweisen bei der Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden deutlich erleichtern.

Kontakt und Impressum:

Herausgeberin: Astrid Rothe-Beinlich, MdL, Parlamentarische Geschäftsführerin, Sprecherin für Bildung, Jugend, Justiz, Migration, Flüchtlinge, Religion, Rassismus und Aufarbeitung, Stadträtin in Erfurt

www.rothe-beinlich.de

Stand: 18.12.2017